

diener einverstanden, hatte sich doch in seiner Mehrheit entschieden gegen die bermalige Einrichtung der Denunciationsgebühren und Strafgeberanteile erklärt und schlug vor:

- 1) die vom Rath beschlossene Gehaltserhöhung vom 1. August d. J. ab zu verwilligen (einstimmig),
- 2) dagegen zu beantragen, die Auszahlung von Denunciationsgebühren und Strafgeberanteilen an die Rathsdienere künftighin in Wegfall zu bringen, und dafür das feste Wochenlohn derselben um 9 Ngr. wöchentlich, als den abgerundeten, durchschnittlichen Betrag ihrer jährl. Denunciationsgebühren und Strafgeberanteile, zu erhöhen (gegen 3 Stimmen).

St.-B. Dr. Heyner erklärte sich gegen die Denunciationsgebühren und zwar vom moralischen Standpuncte aus, da es traurig sei, wenn es erst solcher Gebühren bedürfe, um die Beamten zur treuen Pflichterfüllung zu veranlassen.

Der Berichterstatter bemerkte hierauf, daß der Ausschuß in seiner Mehrheit von derselben Ansicht ausgegangen sei. Er entwickelte und rechtfertigte das Gutachten näher und wurde dabei vom St.-B. Dr. Hauschild unterstützt.

St.-B. Bachhaus sprach sich für die Gleichstellung aller Rathsdienere aus, indem er es für zweckmäßiger erklärte, die Diener alle abwechselnd gleichen Dienst verrichten zu lassen, wie man es z. B. in Baiern mit dem besten Erfolge thue.

Vizevorsteher Klein dagegen befürchtete, daß die Wohlfahrts-polizei nach Fixirung der Rathsdienere schlechter werden, die Denunciationsgebühren aber, die nach dem Vorschlage des Ausschusses zur Stadtcasse fließen sollen, nur den Namen wechseln würden. Darunter werde aber nur die Stadtcasse leiden; denn wenn die Rathsdienere weniger anzeigen, müsse sie zu dem erhöhten Wochenlohn derselben so viel zuschießen, als an den jährlich eingegangenen Gebühren fehle.

Dr. Hauschild entgegnete darauf, daß sich nach dem Vorschlage des Ausschusses in Zukunft die Einnahme der Diener nicht nach der Menge der gemachten Anzeigen richten werde, und daß die Annahme, es werde die Wohlfahrts-polizei darunter leiden, hinreichender Begründung entbehre, da die Diener in ihrer dienstlichen Stellung selbst allen Antriebe zur eifrigen Pflichterfüllung finden müßten.

St.-B. Dr. Vogel entwickelte gleichfalls in einer Rechtfertigung der Ausschußvorschläge die diesen zu Grunde gelegten Erwägungen. Die Einrichtung, Denunciationsgebühren zu bezahlen, sei ungeeignet und schade der Stellung der Beamten. Das ganze Unwesen habe aber eine noch schlimmere Seite. Man möge nur erwägen, welche Nachteile sich daran knüpfen müßten, daß den Anzeigen der Rathsdienere, als von Beamten ausgehend, voller Glauben beigegeben, jeder Gegenbeweis aber ausgeschlossen werde.

Auch Dr. Heine erklärte sich für den Ausschußvorschlag, während Vizevorsteher Klein bei seiner Meinung stehen blieb.

St.-B. Bering trug auf Schluß der Verhandlung an, und nachdem dieser Antrag einstimmige Annahme gefunden hatte, hob, zum Schluß sprechend, der Berichterstatter noch besonders hervor, daß der Ausschuß bei seinem Vorschlage auch die sittliche Hebung der Rathsdienere im Auge gehabt habe.

Der Antrag des Ausschusses unter 1) wurde hierauf einstimmig, der unter 2) gegen 3 Stimmen angenommen.

Universität.

Nach dem Personalverzeichnisse der Universität für das Wintersemester 1855—1856 stellt sich die Zahl der Herren Studirenden heraus wie folgt:

Bestand des vorigen Semesters:
im Ganzen 808, nämlich 588 Inländer und 220 Ausländer.

Vom 31. Mai bis 30. November 1855 gingen ab:
im Ganzen 168, nämlich 97 Inländer und 71 Ausländer.

Es verblieben also:
im Ganzen 640, nämlich 491 Inländer und 149 Ausländer.

Neu inscribirt wurden:
im Ganzen 169, nämlich 84 Inländer und 85 Ausländer.

Bestand: 809, nämlich 575 Inländer und 234 Ausländer.

Von diesen Studiren:

Theologie	175, nämlich 120 Inländer und 55 Ausländer.
(darunter 26 Theol. u. Philol.)	
Jurisprudenz	325, " 246 " " 79 "
(darunter 51 Jur. u. Camer.)	
Medicin	175, " 127 " " 48 "
Chirurgie	17, " 9 " " 8 "
Pharmacie	21, " 17 " " 4 "
Naturwissenschaft (Chemie und Physik)	31, " 18 " " 13 "
Philosophie	17, " 10 " " 7 "
Pädagogik	5, " 2 " " 3 "
Philologie	15, " 10 " " 5 "
Mathematik	16, " 8 " " 8 "
Cameralia	12, " 8 " " 4 "

In Summa 809, nämlich 575 Inländer u. 234 Ausländer.

Das deutsche Papiergeld.

Die immer wiederkehrenden Papiergeldcalamitäten, entweder durch politische Wirren oder durch Regierungsmaßregeln*) hervorgerufen, sind sehr zu beklagen, denn sie stören Handel und Gewerbe auf eine empfindliche Weise und fügen den Gewerbetreibenden Verluste zu, gegen die sie sich bei größter Vorsicht nicht schützen können. Besonders wird dadurch das kleine, aber industriereiche Sachsen, vor Allem aber Leipzig als Handels- und Messplatz hart betroffen, denn steht eine Entwerthung der Cassenanweisungen in Aussicht, so werden sie von allen Seiten dem Leipziger Kaufmann auf den Hals geschickt, und will er gute Kunden nicht vor den Kopf stoßen, so muß er sich einem Verlust unterwerfen, den er beim Verkauf seiner Waaren nicht in Aufschlag gebracht hat. Beim Messverkehr ist die Störung noch viel größer, denn was sollen die Einkäufer aus den kleinen Staaten mitbringen? Wechsel und hier gangbares Papiergeld sind entweder in ihrer Heimath gar nicht, oder nur mit Verlust zu haben; es bleibt ihnen also nichts weiter übrig, als ihr eignes Papiergeld mitzubringen, worauf in den meisten Fällen der Empfänger verliert, der Verdrißlichkeiten und Streitigkeiten, die damit verbunden sind, nicht zu gedenken. Durch die erlassenen Verbote der fremden Cassenanweisungen werden nicht nur alle die hier erwähnten Uebelstände aufs neue hervorgerufen, sondern noch viele andere, namentlich im Eisenbahnverkehr, der sich unmöglich frei bewegen kann, wenn ihm Geldverbote überall hemmend in den Weg treten. Ein Aufsatz in der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 2. December hat sich über diesen Gegenstand so ausführlich und wahr ausgesprochen, daß nichts weiter darüber zu sagen übrig bleibt, als den Wunsch auszudrücken, daß die deutschen Regierungen sich zu Maßregeln vereinigen möchten, welche die Wiederkehr der so oft erlebten Papiergeldcalamitäten unmöglich machen. Nicht die große Masse des Papiergeldes ist es, welche die Calamität befördert, sondern die große Mannichfaltigkeit desselben. Diese zu beseitigen giebt es ein Mittel, auf das Schreiber dieses schon vor mehreren Jahren aufmerksam machte, nämlich die Emission eines einzigen Bundespapiergeldes in Thalem und Gulden, welches, von den gesammten Bundesstaaten garantirt, in allen Cassen gleich dem Silbergeld genommen wird. Ein solches Papiergeld wird nicht nur den Verkehr im Innern erhöhen und beleben, sondern auch nach Außen, denn die angrenzenden Länder würden ein solches Papier unbedenklich annehmen, ja, es würde einen noch wichtigeren Erfolg haben, es würde die deutsche Einheit in einem hohen Grade befördern, denn es ist eine bekannte Sache, daß das materielle Interesse und das materielle Wohlfinden des Volks viel kräftigere Bindemittel sind, als alle paplerne Verträge. Wollten oder könnten sich die deutschen Regierungen über ein solches Bundespapier verständigen, so müßte freilich Oesterreich so lange davon ausgeschlossen bleiben, als es seine veränderliche Bank-Waluta nicht mit einer feststehenden Landes-Waluta vertauscht.

*) Auch ohne diese besondern Einwirkungen sind die ausländischen Cassenanweisungen mit Ausnahme der preussischen einem Verlust unterworfen, der zwischen $\frac{1}{2}$ und $\frac{1}{4}$ Proc. schwankt, je nachdem viel oder wenig auf dem Plage ist; es ist also schon aus diesem Grunde wünschenswerth, daß sie durch ein Papiergeld ersetzt werden, das keinem Verlust unterliegt.

geld ha
welche
deutsche
noch ein
Muster
ein eing
lands
Kor
und S
betrifft
wenig
sche ni
tung fi

3
D
"Eine
Auszu
und n
Jancin
zehn
gemad
B
Name
herrn
über
treffen
geld"
also
wand
dunge
kann
Erfak
mit
ungen
sein
G
Der
als
und
der
nach
gewa
1852
word
Con
erped
aus
treff
Sach
daß
so
bat
Wa
mit
stent
Hör
Gen
Par
die
und
Die
die
hab
am
den
Ber
Re
Col
S.
jug
te